

Inhaltsübersicht

1. Kapitel: Einführung	1
A. Gegenstand der Arbeit	1
B. Begriffsklärung	7
C. Fallgruppen nachrichtenloser Kulturgüter	20
D. Zusammenfassung der Einführung	28
2. Kapitel: Zivilrechtliche Situation nachrichtenloser Kulturgüter	29
A. International-privatrechtliche Grundlagen	29
B. Eigentumsverhältnisse an nachrichtenlosen Kulturgütern	32
C. Eigentumsschutzansprüche als Grenze der Verwertungsmöglichkeiten nachrichtenloser Kulturgüter	69
D. Zusammenfassung der Ergebnisse des 2. Kapitels	76
3. Kapitel: Sicherstellung und treuhändische Verwahrung nachrichtenloser Kulturgüter in Deutschland – Systematisierung der Fallgruppen nachrichtenloser Kulturgüter nach den Umständen der Einlagerung	79
A. Einlagerung nachrichtenloser Kulturgüter infolge Sicherstellung	81
B. Einlagerung nachrichtenloser Kulturgüter durch Übernahme treuhändischer Verwahrung	103
C. Veräußerung nachrichtenloser Kulturgüter als unanbringbare Sachen bei Behörden gem. § 983 BGB	114
D. Zusammenfassung der Ergebnisse des 3. Kapitels	128
4. Kapitel: Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter in der Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Verwahrung	129
A. Rechtsnatur der Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter	130
B. Zustandekommen der öffentlich-rechtlichen Verwahrung von nachrichtenlosen Kulturgütern im Einzelnen	137
C. Beteiligte am Verwahrungsverhältnis	141
D. Besitzrecht der aufbewahrenden Institution an nachrichtenlosen Kulturgütern	148
E. Beendigung der öffentlich-rechtlichen Verwahrung	155
F. Einzelaufgaben zum Inhalt der dauerhaften öffentlich-rechtlichen Verwahrung von Kulturgütern	160
G. Einzelaufgaben zur Rückabwicklung der dauerhaften öffentlich-rechtlichen Verwahrung von Kulturgütern	166
H. Zusammenfassung der Ergebnisse des 4. Kapitels	199
5. Kapitel: Die Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter im Kontext des internationalen Kulturgüterschutzes	201
A. Verortung von Aufbewahrungsvorschriften im internationalen Kulturgüterschutz	202
B. Rechtliche und rechtspolitische Rahmenbedingungen im internationalen Kulturgüterschutz für die Aufbewahrung archäologischer Kulturgüter ungeklärter Provenienz	217

C. Rechtliche und rechtspolitische Rahmenbedingungen in internationalen Übereinkommen für so genannte „verfolgungsbedingt entzogene“ Kulturgüter	228
D. Das Konzept eines <i>Safe Haven</i> in freiwilligen internationalen Vereinbarungen	230
E. Vereinbarkeit einer innerstaatlichen Aufnahme unrechtmäßig verbrachter nachrichtenloser Kulturgüter mit den Vorgaben der UNESCO Konvention 1970	240
F. <i>Safe Haven</i> für gefährdete Kulturgüter – Erste Vorgaben zur Umsetzung eines so genannten „sicheren Hafens“ für nachrichtenlose Kulturgüter	255
G. Zusammenfassung der Ergebnisse des 5. Kapitels	270
6. Kapitel: Schlussbetrachtung	273
A. Umsetzungsvorschlag für <i>Safe-Haven</i> -Einrichtungen in Deutschland	273
B. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung in Thesen	278
C. Ausblick – Die Umsetzung von <i>Safe-Haven</i> -Einrichtungen in Deutschland	280

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
I. Kapitel: Einführung	1
A. Gegenstand der Arbeit	1
I. Anlass für die Untersuchung und Einführung in die Thematik	1
II. Gang der Untersuchung	4
B. Begriffsklärung	7
I. Kulturgut	7
1. Konkretisierung der Untersuchung auf bewegliche Kulturgüter	8
2. Abgrenzung Kulturgut – Kunstwerk	9
3. Normative Konkretisierungen des Kulturgutbegriffs	9
4. Kulturgutbegriff dieser Untersuchung	11
II. Nachrichtenlosigkeit	11
1. Abgrenzung zu Begriffen des BGB	12
a) Abgrenzung zur Herrenlosigkeit i. S. d. §§ 958, 959 BGB	13
b) Grabungsfunde ausländischer Herkunft – keine Herrenlosigkeit .	14
c) Abgrenzung zu „Fremdbesitz“	14
d) Abgrenzung zu „erblosen“ Kulturgütern	16
2. Abgrenzung zu sonstigen Begrifflichkeiten – „verwaiste“ Kulturgüter	17
3. Kein Aufgebotsverfahren für bewegliche (Kultur-)Güter	17
III. „Obhut“ der „öffentlichen Hand“	18
1. „Obhut“ – Tatsächliche Sachherrschaft im öffentlichen Recht	18
2. Abgrenzung zu gutgläubigem Eigenbesitz	18
3. Öffentliche Hand	19
IV. Präzisierung und Entwicklung des Begriffs des nachrichtenlosen Kulturguts	19
C. Fallgruppen nachrichtenloser Kulturgüter	20
I. Illegal zutage geförderte Kulturgüter unbekannter Herkunft	20
II. So genannter Restbestand CCP – nachrichtenlose Kulturgüter als Folge des Dritten Reichs	21
1. <i>Central Collecting Points</i>	22
2. Nachrichtenlosigkeit eines Teilbestands der Kulturgüter aus den <i>Central Collecting Points</i>	22
III. So genannter „Fremdbesitz“ an Kulturgütern in öffentlichen Einrichtungen – „Raubkunst“	24
IV. Sichergestellte sowie zurückgegebene Raubkunst	25
V. Kriegsbedingte Einlagerungen	26
VI. Zurückgelassene Kulturgüter bei Flucht aus der DDR	26
VII. Sonstiges Diebesgut unbekannter Herkunft	27
VIII. Typologisierung der Fallgruppen nachrichtenloser Kulturgüter	27
D. Zusammenfassung der Einführung	28

Inhaltsverzeichnis

2. Kapitel: Zivilrechtliche Situation nachrichtenloser Kulturgüter	29
A. International-privatrechtliche Grundlagen	29
B. Eigentumsverhältnisse an nachrichtenlosen Kulturgütern	32
I. Ausgangslage dinglicher Rechtspositionen an illegal zutage geförderter Kulturgütern unbekannter Herkunft	32
1. Eigentumsbegründung	33
a) Schatzfund und Schatzregal	33
b) „Umbrella statutes“	35
c) Verstoß gegen Exportverbote	36
aa) Durchsetzung von Rückgabeforderungen widerrechtlich ausgeführter Kulturgüter ausländischer Staaten	37
bb) Rückgabe von Kulturgütern nach dem KultGüRückG	37
d) Verfall aufgrund verbotswidrigen Exports	38
2. Zwischenergebnis	40
II. Ausgangslage dinglicher Rechtspositionen an Kulturgütern aus dem Restbestand CCP sowie aus dem so genannten Fremdbesitz	41
1. Auswirkungen von Entzugsakten während des Dritten Reichs auf Eigentumsrechte	42
a) Entzug jüdischen Kunstbesitzes	43
b) Als „entartet“ eingezogene Kulturgüter	45
c) Sonderfrage Erbrecht an Kulturgütern jüdischer Eigentümer	46
2. Rechtsgeschäftliche Veräußerungen als Entzug von Kulturgütern	48
3. Entzug durch Straftaten	49
4. Zum Schutz eingelagerte Kulturgüter in Museen	49
5. Zwischenergebnis	49
III. Ausgangslage dinglicher Rechtspositionen weiterer Fallgruppen nachrichtenloser Kulturgüter in der Obhut der öffentlichen Hand	50
IV. Möglichkeiten gutgläubigen (Versteigerungs-)Erwerbs und Ersitzung nachrichtenloser Kulturgüter	51
1. Möglichkeiten rechtsgeschäftlicher Veräußerung der aufbewahrten nachrichtenlosen Kulturgüter	51
a) Gutgläubigkeit gem. § 932 BGB beim Erwerb nachrichtenloser Kulturgüter	51
aa) Einschränkung gutgläubigen Eigentumserwerbs an Antiken	53
bb) Kein gutgläubiger Erwerb bei offengelegtem Fremdbesitz	53
b) Abhandenkommen gem. § 935 Abs. 1 BGB	54
aa) Abhandenkommen illegal zutage geförderter Kulturgüter	54
bb) Abhandenkommen von Kulturgütern bei Entzug im Dritten Reich	55
cc) Kein Abhandenkommen bei freiwilliger Einlagerung	55
dd) Strafrechtliche Bewertung illegaler Raubgrabungen nach deutschem Strafrecht	56
c) Ersitzung, § 937 BGB	58
d) Öffentliches Eigentum – <i>res extra commercium</i>	59
2. Zwischenergebnis	60
V. Einfluss des Verstreichens langer Zeiträume bei der Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter auf die dingliche Rechtslage	61
1. „Außerordentliche“ Ersitzung	61

2. Unverjährbarkeit der Vindikation	62
3. Verjährung der Vindikation	62
a) Beginn der Verjährung	63
b) So genannter verhaltener Herausgabebeanspruch	64
c) Aktualisierung des Anspruchs auf Herausgabe nachrichtenloser Kulturgüter	65
aa) Fiktion der Aktualisierung des Herausgabebeanspruchs ab Kenntnisnahmemöglichkeit von der Aufbewahrung	65
bb) Praktische Relevanz der Fiktion der Aktualisierung	67
d) Zwischenergebnis	67
VI. Keine Hinderung der Durchsetzung des zivilrechtlichen Anspruchs auf Herausgabe durch öffentlich-rechtliche Dienstbarkeit oder Nießbrauch	67
1. Öffentlich-rechtliche Dienstbarkeit	67
2. Öffentlich-rechtlicher Nießbrauch an Kulturgütern gem. § 5 Abs. 2 Ausgleichsleistungsgesetz (AusglLeistG)	68
C. Eigentumsschutzansprüche als Grenze der Verwertungsmöglichkeiten nachrichtenloser Kulturgüter	69
I. Unterlassungsansprüche der unbekannten Eigentümer als Rahmen	70
1. Verbot der Verfügung über aufbewahrte Kulturgüter	70
2. Nennung des Eigentümers bzw. der ungeklärten Eigentümerschaft	71
3. Unterlassen der Beschädigung und Substanzeinwirkung	71
4. Befugnis zur Ausstellung	72
5. Verwertung der Kulturgüter durch Vervielfältigung	73
6. Verwertung der Kulturgüter durch fotografische Abbildung	74
II. Zwischenergebnis	76
D. Zusammenfassung der Ergebnisse des 2. Kapitels	76
3. Kapitel: Sicherstellung und treuhändische Verwahrung nachrichtenloser Kulturgüter in Deutschland – Systematisierung der Fallgruppen nachrichtenloser Kulturgüter nach den Umständen der Einlagerung	79
A. Einlagerung nachrichtenloser Kulturgüter infolge Sicherstellung	81
I. Sicherstellung nachrichtenloser Kulturgüter nach dem KultGüRückG	81
1. Beschlagnahmte Kulturgüter unbekannter Eigentümer	81
2. Keine langfristige Anhaltung für unbekannte Eigentümer	82
II. Sicherstellung nachrichtenloser Kulturgüter nach allgemeinen Regeln	83
1. Zollverwaltung als zuständige Strafverfolgungsbehörde	84
2. Beschlagnahme von Kulturgut bei illegaler Einfuhr aufgrund Verstoßes gegen die Abgabenordnung (AO)	84
III. Herausgabe nachrichtenloser Kulturgüter	86
1. Unbekannter Eigentümer – Möglichkeiten der Herausgabe an Dritte nach allgemeinen Regeln	86
2. Unanwendbarkeit von Einziehungs- und Verfallsregelungen auf nachrichtenlose Kulturgüter	88
a) Verfall sichergestellter Kulturgüter	88
b) Einziehung sichergestellter Kulturgüter	90

Inhaltsverzeichnis

3. Alternativen zur Herausgabe	92
4. Wirkung RiStBV Nr. 75 Abs. 4	92
IV. Weitere Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter im Wege der präventiven Sicherstellung	94
1. Zuständigkeit	95
2. Voraussetzungen	96
a) Vorliegen einer gegenwärtigen Gefahr	96
b) Objektiver Maßstab – kein Ausschluss durch gutgläubigen Vorbesitzer	97
c) Eigentumsvermutung des § 1006 BGB	97
d) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	98
3. Rechtsfolge der Anwendung präventiver Sicherstellung auf nachrichtenlose Kulturgüter	98
V. Hoheitliche Ansprüche auf Herausgabe sichergestellter nachrichtenloser Kulturgüter	98
1. Herausgabeanspruch im KultGüRückG	99
2. Herausgabe im Wege der internationalen Rechtshilfe	100
3. Herausgabe eingezogener Kulturgüter an den Herkunftsstaat nach den Landeshaushaltssordnungen	102
B. Einlagerung nachrichtenloser Kulturgüter durch Übernahme treuhändischer Verwahrung	103
I. „Restbestand CCP“	103
1. Begründung staatlicher Obhut an nachrichtenlosen Kulturgütern	103
2. Historischer Überblick zum Restbestand CCP	104
3. Nutzung	106
a) Bemühungen um Lösungsfindung zum Umgang mit dem Restbestand CCP	106
b) Leihgaben an deutsche Museen	107
c) Leihe an Bundesdienststellen	109
d) Veräußerung	109
e) Aufbewahrung	110
4. Auswirkungen von Art. 134 GG auf die dingliche Rechtslage der Kulturgüter aus dem Restbestand CCP	110
5. Auswirkungen der Washingtoner Erklärung auf das rechtliche Schicksal des Restbestands CCP	110
a) Dauerhafte weitere Aufbewahrung	111
b) Zivilrechtliche Herausgabeansprüche	112
II. Sonstige treuhändische Aufbewahrung von Kulturgütern	114
C. Veräußerung nachrichtenloser Kulturgüter als unanbringbare Sachen bei Behörden gem. § 983 BGB	114
I. Anwendungsbereich des § 983 BGB	114
II. Regelungsgegenstand und Zweck der Norm	115
III. Die Voraussetzungen des § 983 BGB im Einzelnen	117
1. Kulturgüter als Sache i. S. d. § 983 BGB	117
2. Kulturgutaufbewahrende Institutionen als „öffentliche Behörde“ i. S. d. § 983 BGB	117
3. Besitz an Kulturgütern, der nicht durch Vertrag begründet wurde	118
4. Kulturgut nicht Gegenstand eines Fundes	118

5. Empfangsberechtigter i. S. d. § 983 BGB für Kulturgüter nicht bekannt	118
a) Keine Herausgabe nachrichtenloser Kulturgüter an unberechtigte Vorbesitzer	119
b) Weitere Empfangsberechtigte	120
IV. Anwendung des § 983 BGB auf nachrichtenlose Kulturgüter	120
1. Stellung des § 983 BGB im Kontext sachenrechtlicher Vorschriften	121
2. Rechtspolitische Betrachtung zur Anwendung des § 983 BGB auf nachrichtenlose Kulturgüter	122
3. Zwischenergebnis zur Anwendung des § 983 BGB auf nachrichtenlose Kulturgüter	123
V. Veräußerung nachrichtenloser Kulturgüter unter dem Aspekt der so genannten „Deregulierung“	124
VI. Entscheidung über Veräußerung	126
VII. Zwischenergebnis für die Anwendbarkeit von § 983 BGB auf nachrichtenlose Kulturgüter	127
VIII. Alternative zur Veräußerung: Aufbewahrung in <i>Safe Haven</i>	127
D. Zusammenfassung der Ergebnisse des 3. Kapitels	128
4. Kapitel: Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter in der Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Verwahrung	129
A. Rechtsnatur der Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter	130
I. Klassifizierung der Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter: Öffentlichrechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag oder öffentlich-rechtliche Verwahrung?	130
II. Übertragung der Grundsätze der öffentlich-rechtlichen Verwahrung auf den speziellen Fall der Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter	132
III. Reichweite der Anwendbarkeit der §§ 688 ff. BGB analog auf die öffentlich-rechtliche Verwahrung von Kulturgütern	134
IV. Obhut des Verwahrers als Voraussetzung der öffentlich-rechtlichen Verwahrung nachrichtenloser Kulturgüter	134
1. Bedeutung zivilrechtlichen Besitzes, strafrechtlichen Gewahrsams und Verwahrungswillens der Behörde für die öffentlich-rechtliche Verwahrung	135
2. Gewahrsam öffentlich-rechtlicher Institutionen an nachrichtenlosen Kulturgütern	137
B. Zustandekommen der öffentlich-rechtlichen Verwahrung von nachrichtenlosen Kulturgütern im Einzelnen	137
I. Verwahrung nachrichtenloser Kulturgüter nach Aufhebung einer Sicherstellung oder Beschlagnahme – sog. „faktisches“ Verwahrungsverhältnis	138
1. Abstraktheit des Verwahrungsverhältnisses	138
2. Aufbewahrung nach Wegfall der Sicherstellungsvoraussetzungen	139
II. Treuhändische Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter	140
III. Abgrenzung zu privatrechtlicher Verwahrung – rechtliche Bewertung „freiwilliger“ Einlagerungen zum Schutz von Kulturgütern durch die Eigentümer	140
IV. Sonstige Begründungsakte	141

Inhaltsverzeichnis

C. Beteiligte am Verwahrungsverhältnis	141
I. Verwahrer nachrichtenloser Kulturgüter	141
II. Private oder Staaten als Hinterleger	142
1. Verwahrung im Dreierverhältnis zwischen aufbewahrender Institution, Besitzer und Eigentümer	142
2. Verwahrung für einen ausländischen Staat	143
3. Einlagerung sichergestellter nachrichtenloser Kulturgüter in Museen im Wege der Amtshilfe	144
a) Voraussetzungen für Gewährung von Amtshilfe für die Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter	144
b) Mögliche Ausschlussgründe für die Gewährung von Amtshilfe durch die Museen	145
aa) Punkt 2.3. ICOM-Kodex	146
bb) Art. 3 i.V.m. Art. 7 lit a) UNESCO Konvention 1970 und die Bestimmungen des KultGüRückG	146
cc) Drohung von Nachteilen durch Aufnahme nachrichtenloser Kulturgüter i. S. d. § 5 VwVfG	147
c) Anspruchsgegner für Herausgabeverlangen im Fall gewährter Amtshilfe	148
D. Besitzrecht der aufbewahrenden Institution an nachrichtenlosen Kulturgütern	148
I. Bedeutung des Besitzrechts der aufbewahrenden Institution	
i. S. d. § 986 BGB im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Verwahrung	149
II. Abgrenzung Besitz – Gewahrsam in der öffentlich-rechtlichen Verwahrung	149
III. Besonderheiten bei Besitz und Gewahrsam im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Verwahrung nachrichtenloser Kulturgüter	151
1. Besitzrecht als Konsequenz einer Aufbewahrungspflicht der nachrichtenlosen Kulturgüter	151
2. Recht zum Besitz i. S. d. § 986 BGB analog aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung nachrichtenloser Kulturgüter als Ausdruck der Einheit der Rechtsordnung	152
3. Vorläufige, nicht vindikationshindernde Besitzberechtigung	153
4. Verwahrer als „gutgläubiger“ Besitzer	154
5. Zwischenergebnis	154
E. Beendigung der öffentlich-rechtlichen Verwahrung	155
I. Rückforderungsrecht des Hinterlegers gem. § 695 BGB analog	156
II. Herausgabeanspruch gem. § 985 BGB	157
III. Verjährung der Herausgabeansprüche der Eigentümer nachrichtenloser Kulturgüter	158
1. Verjährung des Rückforderungsrechts des Hinterlegers	158
2. Verjährung des Eigentumsherausgabeanspruchs	159
F. Einzelfragen zum Inhalt der dauerhaften öffentlich-rechtlichen Verwahrung von Kulturgütern	160
I. Obhutspflicht des Staates als Verwahrer	160
1. Allgemeines	160

2. Konkretisierung der Obhutspflicht des Verwahrers	161
a) Sichere Einlagerung – Richterliche Ausgestaltung der Fürsorge- pflicht des Verwahrers	161
b) Verzeichnis-, Auskunfts- und Benachrichtigungspflichten	162
3. Haftungsmaßstab – Anwendbarkeit der Haftungsmilderung des § 690 BGB analog	163
II. Bedeutung der zeitlichen Begrenzung der öffentlich-rechtlichen Ver- wahrung	165
G. Einzelfragen zur Rückabwicklung der dauerhaften öffentlich-rechtlichen Verwahrung von Kulturgütern	166
I. Anspruch des Staates auf Vergütung für die Verwahrung nachrichten- loser Kulturgüter	166
1. Kostenausgleich für die öffentlich-rechtliche Verwahrung nach- richtenloser Kulturgüter durch die Erhebung von Gebühren	166
a) Verwahrungsvergütung als Gebühr	167
b) Spezialgesetzliche Verwahrungsgebührenregelungen im KultGüRückG	168
c) Verwahrungsgebührenregelungen in den Polizeigesetzen der Länder	168
d) Verwahrungsgebührenregelungen als allgemeine Verwaltungs- gebühren	169
aa) Vorliegen des überwiegenden allgemeinen Interesses an der Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter als Ausschluss- grund für allgemeine Verwaltungsgebühren	170
bb) Öffentlich-rechtliche Verwahrung als hoheitliche Legitimation	171
e) Zwischenergebnis zur Erhebung von Verwahrungsgebühren für die öffentlich-rechtliche Verwahrung nachrichtenloser Kultur- güter nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften	171
2. Vergütung für Aufbewahrung gem. §§ 689, 693 BGB analog	172
II. Aufwendungs- und Nutzungseratzansprüche im Rahmen der öffent- lich-rechtlichen Verwahrung nachrichtenloser Kulturgüter	173
1. Nutzungseratz des Verwahrers gegen den Hinterleger	173
2. Ersatz von Aufwendungen des Verwahrers gegen den Hinterleger .	174
a) Aufwendungseratz analog öffentlich-rechtlicher Vorschriften .	175
b) Aufwendungseratz gem. § 693 BGB analog für Kosten „zum Zwecke“ der Verwahrung	176
aa) Aufwendungen bei der öffentlich-rechtlichen Verwahrung von Kulturgütern	177
bb) Aufwendungen „zum Zwecke der Aufbewahrung“	177
cc) „Erforderlichkeit“ der Aufwendungen	177
c) Aufwendungseratz für Restaurierungskosten	178
d) Kostenerstattung als Ausgleich aufgedrängter Bereicherung gem. § 970 BGB analog	178
e) Ausschluss der Anwendung von § 970 BGB im öffentlichen Recht	179
3. Kostenausgleich der öffentlich-rechtlichen Verwahrung nach den Regeln des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses	179
a) Anwendung der §§ 987 ff. BGB im Rahmen der öffentlich-recht- lichen Verwahrung trotz fehlender Vindikationslage	180

Inhaltsverzeichnis

b) Zugrundeliegendes Rechtsverhältnis enthält keine ausreichenden Regelungen	181
4. Zulässigkeit der Anwendung zivilrechtlicher Kostenausgleichsregelungen im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Verwahrung	183
a) Einheitliche Bewertung staatlicher oder privater Eigentümer als Anspruchsgegner	183
b) Grundsatz des Vorbehalts des Gesetzes	184
c) Verwaltungshandeln außerhalb gesetzlicher Legitimation	185
aa) Vorbehalt des Gesetzes – Eingriffsvorbehalt	185
bb) Vorbehalt des Gesetzes – Demokratieprinzip und Grundsatz der Gewaltenteilung	186
d) Öffentlich-rechtliche Verwahrung nachrichtenloser Kulturgüter als nicht subordinationsgeprägtes Rechtsverhältnis	189
e) Zwischenergebnis	191
5. Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs für Ausgleich von Aufwendungen und Nutzungen in der öffentlich-rechtlichen Verwahrung nachrichtenloser Kulturgüter	191
III. Schadensersatzanspruch der Eigentümer nachrichtenloser Kulturgüter nach der Rückabwicklung im Falle eines Verstoßes gegen Pflichten aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung	192
1. Schadensersatz wegen Verschlechterung oder Untergangs der verwahrten Kulturgüter	193
a) Schadensersatzanspruch gem. § 280 Abs. 1 BGB analog	193
b) Schadensersatzanspruch gem. §§ 989, 990 BGB analog	194
c) Schadensersatz bei Fremdbesitzerexzess	195
d) Amtshaftungsanspruch	196
e) Zwischenergebnis	196
2. Schadensersatz wegen Verletzung der Verzeichnis- und Auskunfts-pflichten	197
3. Schadensersatz wegen Vorenthalten der Kulturgüter	198
IV. Rechtsweg für Ansprüche betreffend das Verwahrungsverhältnis	198
H. Zusammenfassung der Ergebnisse des 4. Kapitels	199
5. Kapitel: Die Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter im Kontext des internationalen Kulturgüterschutzes	201
A. Verortung von Aufbewahrungsvorschriften im internationalen Kulturgüterschutz	202
I. Funktionaler Überblick über den Regelungsgehalt des internationalen Kulturgüterschutzes	203
II. Vom Substanzschutz zur treuhändischen Aufbewahrung	204
1. Schutz von Kulturgütern im Kriegsrecht: Vom Kriegsbeuterecht zum Substanzschutz – wesentliche Regelungen im Überblick	205
a) Ausweitung des Kulturgüterschutzes als Reflex verstärkten Zivil-schutzes	205
b) Die Herausbildung ausdrücklicher kulturgüterschützender Maß-nahmen	206
c) Weiterentwicklung des Kulturgüterschutzes ohne Berücksichti-gung der Aufbewahrungsproblematik	207

d) Konzept eines <i>Safe Haven</i> in neuesten Entwicklungen des internationalen Kulturgüterschutzes	208
2. Aufbewahrungsregelungen im Völker gewohnheitsrecht	210
3. Schutz vor Verlagerung und Restitution im Friedensrecht	211
a) Ausweitung des Kulturgüterschutzes im Interesse des Kunsthandels	211
b) Eindämmung des illegalen Kunsthändels als übergeordnetes Ziel	212
4. Zwischenergebnis	212
III. Von der individuellen zur allgemeinen Verantwortung – Ausprägung des Treuhandgedankens	213
1. Ausprägungen des Treuhandgedankens im Kulturgüterschutz	214
2. Umsetzungsmöglichkeiten des Treuhandgedankens	215
IV. Das Prinzip des <i>Common Heritage of Mankind</i>	216
 B. Rechtliche und rechtspolitische Rahmenbedingungen im internationalen Kulturgüterschutz für die Aufbewahrung archäologischer Kulturgüter ungeklärter Provenienz	217
I. Archäologische Kulturgüter ungeklärter Provenienz – Dilemma der widerstreitenden Interessen	218
1. Rechtspolitische Ausgangslage für Regelungen zur Aufbewahrung archäologischer Kulturgüter ungeklärter Provenienz	218
a) Illegal zutage geförderte Kulturgüter – ein Tabu?	219
b) Schutz archäologischer Kulturgüter als Quelle wissenschaftlicher Erkenntnismöglichkeiten	220
c) Schutz des Kunstmarktes	222
d) Zwischenergebnis	223
2. Rechtspolitische Vorschläge für die Zulässigkeit der Aufbewahrung archäologischer Kulturgüter ungeklärter Provenienz	223
3. Bewertung der rechtspolitischen Vorgaben für eine innerstaatliche Umsetzung von Aufbewahrungskonzepten unter Berücksichtigung völkerrechtlicher Grundsätze	225
4. Entstehung der UNESCO Konvention 1970 und ihr Einfluss auf die Aufbewahrung von Kulturgütern zweifelhafter Provenienz	226
II. Zwischenergebnis	227
 C. Rechtliche und rechtspolitische Rahmenbedingungen in internationalen Übereinkommen für so genannte „verfolgungsbedingt entzogene“ Kulturgüter	228
I. Washingtoner Erklärung von 1998 und die Gemeinsame Erklärung von 1999	228
II. Einfluss der Washingtoner Erklärung auf die Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter in Deutschland	229
 D. Das Konzept eines <i>Safe Haven</i> in freiwilligen internationalen Vereinbarungen	230
I. Internationale freiwillige Selbstverpflichtungen	230
1. Selbstverpflichtungen der Wissenschaft	231
2. Selbstverpflichtung der Museen – <i>ICOM Code of Ethics</i>	233
a) Repository of last resort – Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter nach 2.11. ICOM-Kodex	234

Inhaltsverzeichnis

b) Regelungsgehalt der Ausnahmeverordnung im Einzelnen	236
aa) Museen als Zufluchtsstätte	236
bb) Form der vorgesehenen Aufbewahrung	236
cc) Legitimation zur Aufnahme nachrichtenloser Kulturgüter	236
dd) Aufbewahrung und Nutzung	237
ee) Gegenstände der Aufbewahrung	237
ff) Örtliche Zuständigkeit	238
II. Zwischenergebnis	239
E. Vereinbarkeit einer innerstaatlichen Aufnahme unrechtmäßig verbrachter nachrichtenloser Kulturgüter mit den Vorgaben der UNESCO Konvention 1970	240
I. Zusatzvereinbarungen über die Aufbewahrung von Kulturgütern in Übereinstimmung mit den Vorgaben der UNESCO Konvention 1970	240
II. Aufnahme und Aufbewahrung unrechtmäßig verbrachter nachrichtenloser Kulturgüter als Verstoß gegen den Wortlaut der UNESCO Konvention 1970	242
1. Verstoß gegen Art. 7 lit. a)	242
2. Verstoß gegen Art. 13 lit. a) i. V. m. Art. 3	243
III. Vereinbarkeit der Aufbewahrung nachrichtenloser Kulturgüter mit dem KultGüRückG	244
IV. Rechtfertigungsgründe für Vertragsverletzung durch Aufnahme unrechtmäßig verbrachter nachrichtenloser Kulturgüter	245
1. Rechtfertigungsgründe in der UNESCO Konvention 1970	245
a) Art. 9	245
b) Einschränkungen aufgrund der Entstehungsgeschichte der UNESCO Konvention 1970	245
2. Teleologische Reduktion des Vertragstextes	246
3. Stellungnahmen der UNESCO zur Situation gefährdeten Kulturguts vom März 2001	246
4. Rechtfertigungsgründe aus allgemeinem Vertragsrecht	247
5. Zusatzvereinbarungen als Rechtfertigung für Vertragsverstoß	247
V. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen den Vertragstext der Konvention	248
1. Rechtswirkung einer Vertragsverletzung auf das innerstaatliche Recht	249
2. Völkerrechtliche Verpflichtungen im deutschen Verfassungssystem	250
3. Einfluss der sanktionslosen internationalen Vorgaben auf verbindliche nationale Rechtssätze	251
VI. Stellungnahme zur Vertragsverletzung durch Aufnahme nachrichtenloser Kulturgüter und eigener Lösungsansatz	252
VII. Einfluss der UNESCO Konvention 1970 auf die Möglichkeit einer Veräußerung nachrichtenloser Kulturgüter	253
F. <i>Safe Haven</i> für gefährdete Kulturgüter – Erste Vorgaben zur Umsetzung eines so genannten „sicheren Hafens“ für nachrichtenlose Kulturgüter	255
I. Rechtsnatur des Umsetzungsvorschlags	256
II. Bezugnahme der Richtlinien auf nachrichtenlose Kulturgüter	257
III. Regelungsgehalt der Richtlinien	257

IV. Vorgaben für einen <i>Safe Haven</i> im Einzelnen	257
1. Organisation und Verwaltung	257
2. Maßgebliches Recht	258
V. Aufnahme und Aufbewahrung von Kulturgütern	258
1. Begriffserklärung	258
2. Gefahrentatbestände	259
3. Sorgfaltspflichten	259
4. Verstoß gegen ausländische Exportvorschriften	261
5. Inventarisierung und Informationspflicht	261
6. Nutzung der aufbewahrten Kulturgüter	262
VI. Rückgabe der aufbewahrten Kulturgüter	262
1. Aufschub der Rückgabe	262
2. Kostenausgleich	263
VII. Umsetzungsvorgaben	263
VIII. Bewertung der Richtlinien	263
1. <i>Save Haven</i> als Fortentwicklung kulturgüterschützender Instrumente	264
2. Einzelstaatliche Umsetzung	264
IX. Rahmenüberlegungen für Umsetzung von <i>Safe-Haven</i>-Einrichtungen in Deutschland	265
1. Regelungsebenen einer innerstaatlichen Umsetzung	265
2. Inhaltliche Vorgaben für die Aufbewahrung	266
3. Konzeption der Verwaltungskostenregelung	266
4. Koordinierung von Informationen	266
a) Einrichtung einer Koordinierungsstelle	267
b) Aufgabenerweiterung durch innerinstitutionellen Beschluss gem. § 1 Abs. 4 der Vereinbarung über die Koordinierungsstelle in Magdeburg	268
c) Aufgabenerweiterung durch neue Verwaltungsvereinbarung . .	268
5. Festlegung der Einlagerungsorte	269
6. Finanzierung	269
7. Anpassung der Selbstverpflichtungserklärungen	270
G. Zusammenfassung der Ergebnisse des 5. Kapitels	270
6. Kapitel: Schlussbetrachtung	273
A. Umsetzungsvorschlag für <i>Safe-Haven</i>-Einrichtungen in Deutschland	273
I. Gesetzliche Regelung	273
1. Deklaratorische Vorschriften	273
a) Klarstellung des Gesetzeszwecks und Anwendungsbereich . .	274
b) Ausschluss von Erwerbungen nachrichtenloser Kulturgüter .	274
c) Herausgabe	274
d) Keine zeitliche Begrenzung der Aufbewahrung	274
e) Ausschluss der Geltendmachung von Verwahrungsgebühren .	274
2. Rechtsgestaltende Vorschriften	275
a) Begriffsklärung	275
b) Aufzeichnungspflichten	275
c) Nutzung der aufbewahrten Kulturgüter	275
d) Überlassung der aufbewahrten Kulturgüter an Dritte	276

Inhaltsverzeichnis

e) Ausgleich für Aufwendungen	276
f) Ausnahmeregelung über Veräußerung	277
II. Staatsvertrag der Länder	277
III. Verwaltungsrichtlinien für einzelne Verwahrungssituationen	277
IV. Anpassung der Selbstverpflichtungserklärungen an <i>Safe-Haven</i> -Modell	278
B. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung in Thesen	278
I. Typisierung von Kulturgütern ungeklärter Provenienz in staatlicher Aufbewahrung in Deutschland als nachrichtenlos	279
II. Die Aufbewahrungssituation nachrichtenloser Kulturgüter	279
III. <i>Safe Haven</i> für nachrichtenlose Kulturgüter	280
C. Ausblick – Die Umsetzung von <i>Safe-Haven</i>-Einrichtungen in Deutschland	280
Anlagen	
Anlage I: Guidelines for the Establishment and Conduct of Safe Havens for Cultural Material	283
Anlage II: Berliner Resolution 2003	293
Anlage III: Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungs- bedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz (Gemeinsame Erklärung) vom 14. Dezember 1999	295
Anlage IV: Grundsätze der Washingtoner Konferenz in Bezug auf Kunstwerke, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden	298
Literaturverzeichnis	301